

AfD
Stephan Brandner -
Ihr direkt gewählter Abgeordneter
im Wahlkreis 193 (Gera – Greiz – Altenburger Land)

KLARTEXT

aus Wahlkreis und Berlin



Sommer - Sonne - AfD

Es ist der Sommer der Entscheidung. Die AfD wird die erste Landesregierung in Deutschland stellen, weitere werden folgen. Bis dahin ist der Weg noch steinig. Wir erwarten massive Kampagnen gegen uns, doch wir werden jeden Stein, der uns in den Weg gelegt wird, nutzen, um ein Haus daraus zu bauen: unsere Vision 2026. Nicht nur Deutschland, die ganze Welt blickt auf unsere Arbeit in Sachsen-Anhalt. Wir sind vorbereitet: Mit dem 100-Tage-Sofortprogramm macht Ulli Sigmund klar, dass wir sofort anpacken werden. An erster Stelle steht die Aufkündigung der Rundfunkstaatsverträge. Einen zwangsfinanzierten Rundfunk, der jedes Maß verloren hat, wird es mit uns nicht geben – stattdessen setzen wir auf eine schlanke Grundversorgung. Zudem wird die AfD konsequent alle Maßnahmen treffen, um diejenigen abzuschieben, die kein Aufenthaltsrecht haben. Auch die staatliche Förderung von NGOs und dem Altparteienfilz werden konsequent beendet. Fest steht: Wir haben eine Vision von einem besseren, sicheren und freieren Deutschland in Wohlstand. In dieser Vision ist der Bürger endlich wieder der Souverän und nicht nur Untertan einer abgehobenen Politikerkaste. Wir kämpfen für ein Land, in dem gesunder Menschenverstand wieder die Richtschnur staatlichen Handelns ist, statt der ideologische Wahnsinn. Wir wollen ein Deutschland, in dem wir stolz auf unsere kulturelle Identität, unsere Werte und unsere Heimat sein dürfen und in dem Recht und Ordnung wieder die unerschütterliche Basis für ein friedliches Zusammenleben bilden. Dafür arbeiten wir jeden Tag daran und freuen uns darauf, das dann endlich umsetzen zu können.

Ihr Euer Stephan Brandner



www.wk193.de

Bitte lesen und weitergeben!



Sommer 2026

10. Jahrgang, Ausgabe 29, 2/2026

Importierte Gewalt: Die schockierende Realität der Gruppenvergewaltigungen und das Versagen des Staates

Die Zahlen, die die Bundesregierung kürzlich auf meine Kleine Anfrage hin offenlegen musste, sind ein erschütterndes Zeugnis staatlichen Versagens. Sie belegen schwarz auf weiß, was von der Politik der Altparteien nur allzu gern verschwiegen oder verharmlost wird: Hunderte Frauen wurden allein im Jahr 2025 Opfer sogenannter Gruppenvergewaltigungen. Ein Blick auf die regionalen Schwerpunkte offenbart eine dramatische Lage – besonders in Nordrhein-Westfalen und Berlin ereignet sich statistisch gesehen nahezu jeden dritten Tag eine solche bestialische Tat. Die Opfer dieser Verbrechen sind zu 80 Prozent Deutsche und lediglich zu vier Prozent Zuwanderer. Auf der Täterseite bietet sich ein völlig entgegengesetztes, düsteres Bild: Mehr als die Hälfte der ermittelten Tatverdächtigen besitzt nicht einmal die deutsche Staatsbürgerschaft. Und wer die Realität auf unseren Straßen kennt, weiß: Der tatsächliche Anteil dürfte noch deutlich höher liegen, da ein möglicher Migrationshintergrund bei Tätern mit deutschem Pass in dieser Statistik ebenso völlig unberücksichtigt bleibt, wie eine mehrfache Staatsbürgerschaft.

Gruppenvergewaltigungen sind ein brutaler, menschenverachtender Angriff auf die körperliche und seelische Unversehrtheit von Frauen. Dass fast drei Viertel dieser Tatverdächtigen den Behörden bereits bekannt waren, ist ein unerträglicher Skandal. Es zeigt ein eklatantes Versagen von Justiz, Sicherheitsbehörden und einer Politik, die den Schutz der eigenen Bevölkerung ideologischem Wahnsinn unterordnet. Obwohl das Thema seit Jahren auf der politischen Agenda steht, fehlt es ganz offensichtlich an jedem politischen Willen, wirksame juristische und exekutive Maßnahmen zu ergreifen.

Es reicht nicht aus, Betroffenheit zu heucheln, während Täter auf freiem Fuß bleiben oder mit Bewährungsstrafen den Gerichtssaal verlassen. Hier braucht es endlich das harte Durchgreifen des Staates: eine konsequente Strafverfolgung, deutlich schnellere Verfahren und drastisch härtere Sanktionen. Und für ausländische Täter, die das Gastrecht auf derart widerwärtige Weise mit Füßen treten, kann es nur eine einzige Konsequenz geben: die sofortige und ausnahmslose Aufenthaltsbeendigung. Nur so können wir Frauen in Deutschland wieder wirksam vor solchen Taten schützen.



Symbolbild

Kl-generierter Inhalt

Immer ein offenes Ohr

Statt im Elfenbeinturm sitze ich lieber mit Ihnen am Tisch und diskutiere über die aktuellen Geschehnisse in unserem Land. Als AfD stehen wir für eine andere Form der Politik: Mir geht es nicht um Machterhalt, sondern darum Deutschland endlich zum Besseren zu ändern. Das kann uns nur gelingen, wenn wir Ihnen zuhören. Aber nicht nur Bürgerdialoge und Infostände sind wichtig: auch der Besuch von Unternehmen und Institutionen ist mir ein Anliegen. Gute Politik lebt vom Miteinander. Dafür stehe ich.



www.wk193.de



Sommer 2026 10. Jahrgang, Ausgabe 29, 2/2026

Informationsfreiheit stärken statt einschränken

Ob Maut-Affäre oder die dubiosen Maskendeals unter dem damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn – ohne das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) wären diese Skandale wohl niemals ans Licht der Öffentlichkeit gekommen. Genau dieses wichtige Instrument der Bürgerkontrolle will die Bundesregierung nun massiv beschneiden. Das Fragerecht soll künftig nur noch bei einem sogenannten „berechtigten Interesse“ gelten. Zusätzlich sollen die Gebühren für Anfragen weiter steigen und Anfragen unter dem Vorwand einer angeblich „komplexen Bedrohungslage von innen und außen“ pauschal abgelehnt werden können. Als Abgeordneter der AfD sehe ich das fundamental anders. Statt das IFG weiter zu beschneiden, fordere ich das genaue Gegenteil: die Beseitigung der noch immer bestehenden Hürden.

Das IFG ist seit seiner Einführung 2006 zu einem der schärfsten Schwerter der Bürger gegen Machtmissbrauch und Korruption geworden. Wer dieses Recht jetzt beschneidet, hat kein Interesse an Aufklärung, sondern nur an der Vertuschung eigenen Versagens. Wir werden diesen Anschlag auf die Bürgerrechte im Bundestag mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Stasi 2.0 stoppen: Wie der Staat mit Künstlicher Intelligenz unsere Gesinnung ausspioniert

Wussten Sie, dass der Staat im Hintergrund längst eine digitale Gedankenpolizei aufgebaut hat? Ohne jede öffentliche Debatte und ohne demokratische Legitimation lassen staatliche Medienanstalten bereits seit dem Jahr 2020 eine Künstliche Intelligenz namens „KIVI“ auf die Bürger los. Dieses Programm durchkämmt massenhaft, automatisiert und anlasslos das Internet, um unsere Texte, Bilder und Videos zu scannen.

Die KI erfasst nicht nur banale Daten, sondern filtert gezielt unsere politischen Meinungen, religiösen Überzeugungen und persönlichsten Lebensumstände heraus. Diese hochsensiblen Gesinnungsprofile werden dann an Sicherheitsbehörden und Inlandsgeheimdiensten durchgestochen.

Damit muss Schluss sein. Deshalb habe ich das „Gesetz gegen staatliche Gesinnungsüberwachung“ in die Fraktion eingebracht.

Unser Gesetzentwurf stellt unmissverständlich klar: Die anlasslose, massenhafte Durchleuchtung von sozialen Netzwerken und Kommunikationsdiensten durch staatliche Stellen wird kategorisch verboten.

Wir müssen unsere Freiheitsrechte gegen eine übergreifende Exekutive verteidigen, die den Rechtsstaat nach Belieben aushöhlt.

Keine Geheimpolizei unter dem Deckmantel des Verfassungsschutzes

Die aktuelle Sicherheitsarchitektur Deutschlands steht vor einer Zäsur, die jeden freiheitsliebenden Bürger aufhorchen lassen muss. Die Pläne von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz weitreichende operative Befugnisse einzuräumen, rütteln an den Grundfesten unseres Rechtsstaates. Was hier unter dem Vorwand der Gefahrenabwehr vorbereitet wird, ist nichts Geringeres als die schleichende Aufhebung des Trennungsgebots zwischen Nachrichtendiensten und Polizei – ein Prinzip, das aus den bitteren Lehren der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts erwachsen ist.

Wenn dem Verfassungsschutz künftig ermöglicht werden soll, verdeckt in Wohnungen einzudringen, digitale Systeme zu manipulieren oder gar unmittelbaren Zwang anzuwenden, haben wir den Boden der demokratischen Kontrolle verlassen. Nachrichtendienste sind keine Polizeibehörden. Sie arbeiten im Geheimen, entziehen sich weitgehend der öffentlichen und oft auch der gerichtlichen Kontrolle und verfügen nicht über die exekutiven Befugnisse, die einer rechtsstaatlich gebundenen Polizei vorbehalten sein müssen. Diese Dienste nun schrittweise zu einer Art Geheimpolizei mit operativen Vollmachten umzugestalten, ist ein gefährlicher Irrweg, der geradewegs in die Richtung eines totalitären Staates führt.

Besonders alarmierend ist diese Entwicklung vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Instrumentalisierung dieser Behörde. Wir lehnen den politisch gesteuerten Verfassungsschutz ohnehin ab. Längst dient er nicht mehr dem Schutz unserer Verfassung, sondern wird missbraucht, um die Opposition in Deutschland zu stigmatisieren und politisch zu bekämpfen. Ein Geheimdienst, der als verlängerter Arm der Regierung agiert, darf unter keinen Umständen mit Befugnissen ausgestattet werden, die tief in die Privatsphäre und die körperliche Unversehrtheit der Bürger eingreifen.



Wussten Sie schon...

..., dass die Querbeauftragte im ersten Jahr ihrer Tätigkeit allein 73.045,36 Euro für Öffentlichkeitsarbeit, darunter 37.267,83 Euro für eine Anzeigenkampagne zu CSDs im Bundesgebiet ausgegeben hat? Von Ihrem Steuergeld! (Drucksache 21/7084)



www.wk193.de



Sommer 2026

10. Jahrgang, Ausgabe 29, 2/2026

Wussten Sie schon...

..., dass rund 750 deutsche Islamisten an Kampfhandlungen des islamischen Staates oder al-Qaida und anderen Terrororganisationen teilnahmen und etwa die Hälfte von ihnen nach Deutschland zurückgekehrt ist? (Drs. 21/6162)

Diäten-Theater im Bundestag: Warum wir eine strukturelle Wende statt PR-Tricks brauchen

Der Deutsche Bundestag hat am 10. Juli 2026 beschlossen, auf die für dieses Jahr vorgesehene Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung zu verzichten. Dass das Parlament in einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit und angespannter Haushaltslage ein Signal der Zurückhaltung sendet, ist das Mindeste, was die Bürger erwarten können. Doch wer hinter die Kulissen blickt, erkennt schnell: Dieser Beschluss ist mehr Schein als Sein.

Die Wahrheit ist: Die Koalition hält eisern an ihrem „Selbstbedienungsautomaten“ fest. Wir als AfD-Bundestagsfraktion lehnen den Diätenautomatismus entschieden ab. Diätenerhöhungen müssen Gegenstand öffentlicher und kontroverser Debatte im Hohen Haus sein. Die Ablehnung unseres Gesetzentwurfs zur Streichung dieses Automatismus durch die anderen Fraktionen zeigt leider deutlich, dass die politische Klasse die Hand am Hebel behalten will, um sich die Anpassungen künftig wieder ungestört zu genehmigen. Zudem ist es bezeichnend, dass unser Vorschlag, den Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretären die Möglichkeit zu geben, freiwillig auf Teile ihrer Bezüge verzichten zu können, kategorisch abgeschmettert wurde. Wer Solidarität mit den Menschen im Land einfordert, sollte auch bereit sein, sie vorzuleben, statt an den eigenen Privilegien zu kleben wie die Klette.



Der erste Demokratiekongress der AfD: ein riesiger Erfolg

Gemeinsam mit meinen Kollegen Götz Frömming und Martin Renner organisierte ich unter Schirmherrschaft der AfD-Bundestagsfraktion den 1. Demokratiekongress in Berlin. Unter den Leitthemen »Meinungsfreiheit – Medien – Menschenrechte« diskutierten Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Medienvertreter aus dem In- und Ausland über den Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland und Europa. Im Mittelpunkt des zweitägigen Kongresses standen aktuelle Herausforderungen für Demokratie und freie Rede – von den Auswirkungen des europäischen Digital Services Act über die Rolle unabhängiger Medien bis hin zu Fragen der parlamentarischen Freiheit und des Schutzes grundlegender Bürgerrechte. Neben hochkarätigen Vorträgen und Podiumsdiskussionen boten Arbeitsforen Raum für vertiefende Debatten und den Austausch mit Fachexperten.

Zu den Gästen zählten unter anderem Prof. Ing. Václav Klaus, Präsident der Tschechischen Republik a. D., der Chefredakteur der Weltwoche Roger Köppel, der Chefredakteur der Jungen Freiheit Dieter Stein, die Klubobmann-Stellvertreterin des Freiheitlichen Parlamentsklubs (FPÖ) Dr. Susanne Fürst, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a. D. Dr. Hans-Georg Maaßen, der Medienwissenschaftler Prof. a. D. Dr. Michael Meyen, die Publizistin Dr. Ulrike Guérot, der Unternehmer Alexander von Bismarck sowie zahlreiche Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien. Gemeinsam mit ihnen wurden tragfähige Konzepte und Strategien zum Erhalt der Freiheit der Rede entwickelt und praxisnahe Lösungen zum Schutz des Grundrechts auf Meinungsfreiheit erarbeitet. Unser Demokratiekongress war ein großer Erfolg und hat eindrucksvoll gezeigt, wer tatsächlich mit beiden Beinen auf dem Boden der Demokratie steht und sich für die Freiheit der Meinung einsetzt: Die AfD.



Kommen Sie vorbei und informieren Sie sich in meinen Wahlkreisbüros

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
kontakt@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo.-Do. 10-17 Uhr
und jeden 2. Samstag 10-13 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz

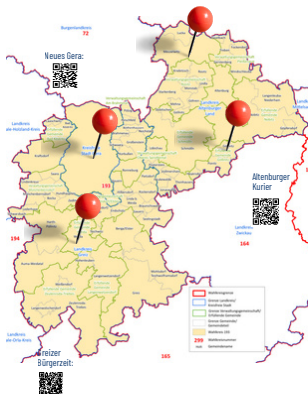
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Weida

Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
weida@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Wahlkreisbüro Meuselwitz

Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
meuselwitz@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di. 10-17 Uhr



Sie wollen mehr Informationen?

Abonnieren Sie unseren wöchentlichen Rundbrief und erhalten Sie Einladungen, Neuigkeiten und mehr! Tragen Sie sich einfach in unsere Kontaktliste ein unter kontakt@brandner-im-bundestag.de.

Und wenn Sie eine persönliche Geburtstagskarte von uns erhalten möchten, teilen Sie uns bitte Ihre Postadresse und Ihr Geburtsdatum mit!



www.wk193.de



Wussten Sie schon...

..., dass vom 25. März 2025 bis 18. Juni 2026 gerade einmal 170 Afghanen in ihre Heimat abgeschoben wurden und die Kosten allein für das Fluggerät bei über 1,6 Millionen Euro, also fast 10.000 Euro pro Person lagen?

Wenn Ideologie den Fortschritt ausbremst: Ein Weckruf aus dem Mittelstand

Bei meinem jüngsten Besuch bei einem mittelständischen Dienstleister im Bereich der Verkehrsinfrastruktur habe ich erneut ein erschreckendes Bild davon bekommen, wie die aktuelle Politik unser Land ausbremst. Es sind Betriebe wie dieser, die Tag für Tag dafür sorgen, dass unsere Infrastruktur sicher und befahrbar bleibt.

Im Gespräch mit der Geschäftsführung wurde deutlich: Unser Land krankt an einer Verwaltung, die sich in einer lähmenden Überregulierung verheddert hat. Es ist ein bezeichnendes Armutszeugnis, wenn verkehrsbehördliche Anordnungen Bearbeitungszeiten von bis zu vier Wochen aufweisen.

Neben der Bürokratie erstickt die Kostenlast den Mittelstand. Die massiven Preissteigerungen beim Diesel belasten den Unterhaltungsdienst auf den Autobahnen monatlich mit fünfstelligen Summen. Hier die Klimaideologie über die wirtschaftliche Vernunft zu stellen und den Einsatz von E-Lkw zu fordern, wo sie technisch schlicht nicht realisierbar sind, ist lebensfremd.

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist ein Symptom verfehlter Politik. Obwohl das Unternehmen überdurchschnittlich gut entlohnt, ist es kaum möglich, Arbeitskräfte für die Arbeit auf den Straßen zu finden. Wenn das politische Umfeld dauerhafte Transferleistungen attraktiver macht als die eigenen Hände Arbeit, verlieren wir den Wettbewerb um Fachkräfte. Hinzu kommt ein Bildungssystem, das den Anforderungen nicht gerecht wird – wenn Berufsschulunterricht aufgrund von Lehrermangel zur Makulatur verkommt, verlieren wir die nächste Generation.

Ein weiterer Punkt, den ich mit nach Berlin nehme, ist das Vergabewesen. Es ist ein Fehler, wenn der Staat bei Ausschreibungen blind nur auf den billigsten Preis schielt. Qualität, Zuverlässigkeit und regionale Stärke müssen endlich wieder die entscheidenden Kriterien sein.

Unser Mittelstand will arbeiten. Er braucht keine Gängelei durch starre Regeln oder bürokratische Zeitfresser, sondern unternehmerische Freiheit. Ich werde mich im Bundestag weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass wir den Unternehmen den Rücken freihalten, anstatt sie durch politische Vorgaben in die Enge zu treiben.

Besuchen Sie mich auch im Netz!

www.stephan-brandner.de

www.facebook.com/stBrandner

www.x.com/brandnerst

www.instagram.com/stephanbrandner

www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd

t.me/StephanBrandnerMdB

www.tiktok.com/@brandner_afd

<https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>